

Michael Zimmermann

Nationalsozialistische Vergangenheit und lokale Geschichte. Ein Überblick über die Forschung in Nordrhein-Westfalen ¹

Die Diskussion über die nationalsozialistische Herrschaft war in der frühen Bundesrepublik durch Apologien und Exkulpationsversuche einerseits und andererseits durch jene „gewisse Stille“ geprägt, die der Philosoph Hermann Lübbe später zum „kommunikativen Beschweigen“ des Nationalsozialismus verklärte. Die NS-Vergangenheit erschien in den 50er Jahren als eine Art raumzeitliches Vakuum ohne konkrete Orte und Ereignisse und, abgesehen von Hitler und einer Handvoll NSDAP- und SS-Führer, ohne Menschen. Falls man im öffentlichen Raum der Gegner und Opfer des Regimes gedachte, bezog sich das auf den - seinerseits auf die nationalkonservative und militärische Opposition verengten - 20. Juli 1944, auf die kirchliche Opposition, auf die „Weiße Rose“ und vielleicht auf die jüdischen Verfolgten. Aber selbst die Verschwörer des 20. Juli 1944 waren damals Gegenstand einer Auseinandersetzung, in der die eine Seite die Legitimität des Tyrannenmordes unterstrich, während die andere das mit dem Odium des Hoch- und Landesverrates versah.

Wenn Offiziere, Bischöfe und Studenten das Bild jenes Widerstandes prägten, das in Gedenkveranstaltungen beschworen wurde, implizierte das eine gleichermaßen soziale und politische Exklusion. Die Aktivitäten, die sozialistische und kommunistische Gruppen aus der Arbeiterschaft vor dem Krieg oder auch in jener Kriegsphase entfalteten, in der das Scheitern des Regimes noch nicht so klar zu erkennen war wie 1944, blieben ebenso ausgeblendet wie die Bemühungen aus dem Exil.

Nicht zuletzt die Studentenbewegung und die anfangs mit der sozialliberalen Phase der bundesdeutschen Politik verknüpfte Aufbruchsstimmung bildeten in den 60er Jahren dann die Grundlage für eine Suche nach neuen historischen Identifikationen. Hier boten sich nicht zuletzt die Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung an, schienen sie doch jenes „andere Deutschland“ zu repräsentieren, das bereits vor 1933 gewarnt hatte, Hitler bedeute Krieg, und das nicht erst angesichts der drohenden Kriegsniederlage im Untergrund gekämpft hatte.

Historiographisch war dieser Arbeiterwiderstand jedoch von Beginn an umstritten. Die eine Gruppe von Autoren beurteilte in Abgrenzung zur DDR-Geschichtsschreibung die Wirksamkeit des umfangreicheren kommunistischen Widerstandes zwischen 1933 und

¹ Beitrag zu der Veranstaltung „**Geschichte der NS-Zeit vor Ort. Konferenz anlässlich des 100. Geburtstages von Aurel Billstein**“, die am 29. November 2001 in Krefeld stattgefunden hat. Veranstalter waren die Landeszentrale für politische Bildung NRW, das Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation, Recklinghausen und die NS-Dokumentationsstelle Villa Merländer. Die Veröffentlichung des Textes geschieht mit freundlicher Genehmigung der Landeszentrale für politische Bildung NRW.

1935 skeptisch; die sozialistischen Gruppen, die einen lockeren Zusammenhalt unterhalb der staatspolizeilichen Eingriffsschwelle favorisierten, erschienen ihnen als realistischer. Die zweite Gruppe von Autoren unterstrich dagegen den Umfang der kommunistischen Opposition und forderte die öffentliche Würdigung dieses KPD-Widerstandes ein, die im Kalten Krieg ausgeblieben war.

Aurel Billstein, dessen erste große Sammlung von Dokumenten und Zeugnissen über Widerstand und Verfolgung in Krefeld 1973 erschien, gehörte zu dieser zweiten Gruppe. Er war selbst im kommunistischen Widerstand aktiv gewesen - wie auch seine Mutter Paula Billstein, die im Sommer 1938 todkrank aus der KZ-Haft entlassen wurde und nicht einmal eine Woche später starb. Vor diesem Hintergrund erscheint der einem Heine-Gedicht entlehnte Titel von Aurel Billsteins Dokumentation - „Der eine fällt, die andern rücken nach“ - nicht lediglich als Formulierung eines durch den Ersten Weltkrieg und die Straßenschlachten der späten Weimarer Republik geprägten Autors, sondern zuvorderst als Ausdruck familiärer Bindung. Denn Aurel Billstein selbst rückte nun insofern nach, als er Zeugnis ablegte - für seine Mutter und für den Widerstand insgesamt.

Vielleicht trug das Leid der Familie auch dazu bei, daß Aurel Billstein in seiner Dokumentation der Drangsalierung der Juden und insgesamt dem Furchtbaren, das die nationalsozialistische Verfolgung anrichtete, weit mehr Aufmerksamkeit widmete, als dies die meisten anderen Autoren taten, die um 1970 Lokalstudien über Widerstand und Verfolgung verfaßten - handele es sich nun um jene Wissenschaftler, die ihre Monographien in der Forschungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung publizierten, oder um die kommunistischen Widerstandskämpfer, die ihre Schriften im Röderberg-Verlag der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes veröffentlichten. Der Autodidakt Aurel Billstein fiel aber auch deshalb ein wenig aus dem Rahmen, weil er schon 1973, zu einem sehr frühen Zeitpunkt, nicht nur die politische und kirchliche Opposition dokumentierte, sondern auch auf die Widerständigkeit der Edelweißpiraten und anderer Jugendlicher, auf die Bibelforscher und auf NS-kritische Äußerungen aus der Bevölkerung einging. Aurel Billstein vertiefte das später mit gesonderten Publikationen zum gewerkschaftlichen Widerstand, zur christlichen Opposition, zum Alltag unter dem Nationalsozialismus sowie zu „Reichskristallnacht“ und Judenverfolgung. Obwohl überzeugter Kommunist, ließ er sich als Autor nicht parteipolitisch vereinnahmen. Er veröffentlichte seine erste Dokumentation 1973 im Auftrage nicht nur der VVN, sondern auch des Bundes der Verfolgten des Naziregimes und der Jüdischen Gemeinde Krefeld; das Geleitwort zum Buch schrieben der Kreisvorsitzende des DGB und der örtliche Bevollmächtigte der IG Metall. Im Mittelpunkt stand in Aurel Billsteins Dokumentation ohne Zweifel aber die Opposition aus der Arbeiterbewegung. Insgesamt erbrachten seine und die zahlreichen anderen frühen Studien zum Arbeiterwiderstand dabei den Nachweis einer auch nach 1935/36 nicht völlig versiegenden Opposition und wiesen damit - um den Essener Lokalhistoriker Ernst Schmidt zu zitieren - auf die „Lichter“ in der nationalsozialistischen „Finsternis“.

Handelte es sich allerdings um fachwissenschaftliche Publikationen im engeren Sinne, so richtete sich ihr erkenntnisleitendes Interesse primär auf nationale politikhistorische Fragestellungen, die auf den lokalen oder regionalen Raum übertragen wurden. In den 80er Jahren machte die Forschung vor allem mit Detlev Peukerts Studie „Die KPD im Widerstand“ einen neuen Schritt. Dort wurden nämlich nicht nur Organisationsstruktur,

stand“ einen neuen Schritt. Dort wurden nämlich nicht nur Organisationsstruktur, ideologischer Hintergrund und politische Tätigkeit der kommunistischen Regimegegner, sondern auch das soziale Profil und die Motivation der Widerstandskämpfer sowie das Oppositionspotential der Arbeiterschaft einer Analyse unterzogen. Damit konnten die Leistungen und Grenzen der KPD-Opposition mit Blick auf ihr Umfeld abgeschätzt werden. Eine vergleichende - und vergleichbare - Untersuchung zur katholischen Arbeiterbewegung oder zum sozialdemokratischen und sozialistischen Widerstand im Rheinland und in Westfalen steht trotz manch wichtiger Lokal- und Regionalstudie bisher aus.

Zu welchen Resultaten gelangte die Erforschung des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung? Mit Blick auf die KPD kann es als gesichert gelten, daß diese Partei 1933 trotz einiger Anlaufschwierigkeiten ihre extrem hierarchische Organisation in die Illegalität hinüberretten konnte. Diese hierarchisch ausgerichtete Untergrundtätigkeit der Kommunisten forderte allerdings enorme Opfer, da sie der Gestapo vielfältige Angriffsflächen bot. Bis 1935 existierte kaum eine der Bezirks- und Ortsleitungen der KPD länger als drei Monate. Die dennoch erstaunlich umfangreiche illegale Tätigkeit gründete in der Hoffnung auf einen baldigen Sieg der proletarischen Revolution. Nach zwei Jahren nationalsozialistischer Diktatur verpuffte diese unrealistische Erwartung jedoch. Ein Großteil der kommunistischen Kader befand sich in Kerkern und Konzentrationslagern. Und infolge der Rüstungskonjunktur wurden jene vielen kommunistischen Regimegegner, die in der Weltwirtschaftskrise arbeitslos geworden waren, erneut in den Arbeitsprozeß eingebunden; das schloß oft schon aus zeitlichen Gründen die Fortführung der Untergrundarbeit aus. Zugleich erkannte die kommunistische Exilführung in einer nun realistischeren Einschätzung, daß mit einem baldigen Ende des NS-Regimes nicht zu rechnen sei. Das wiederum raubte manchem Illegalen die Hoffnung auf den baldigen Erfolg und damit die Motivation für die riskante Oppositionstätigkeit.

Der bisherige Aktivismus trat zurück zugunsten politischer Abstinenz oder der Bewahrung des Zusammenhalts im kleinen Kreis. Damit hatte man sich jenem Oppositionskonzept angenähert, das die sozialdemokratischen Regimegegner seit 1933 vertreten hatten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, verzichteten sie auf größere Organisationsnetze. Sie vertrauten vielmehr auf einen lockeren Zusammenhalt etwa in Gesangsvereinen oder Sterbekassen, der einen Zugriff der Gestapo unterlaufen sollte. Seit 1934 wurden allerdings illegale Schriften des sozialdemokratischen Exil-Vorstandes ins Land geschmuggelt und dort in kleinen Zirkeln studiert. 1935/36 gelang es der Gestapo, dieses Verteilernetz zu zerstören.

Von der Arbeiterbewegung gilt es die kirchliche Gegnerschaft zu Teilaspekten des NS-Systems zu unterscheiden. Die Opposition aus katholischen Pfarreien und evangelischen Bekenntnisgemeinden, deren historiographische Untersuchung vielfach den Grenzen der Bistümer bzw. der Kirchenprovinzen folgt, speiste sich aus einem Beharren auf den überkommenen Glaubenssätzen. Die Kirchen konzentrierten sich darauf, ihre Institution gegen Übergriffe des Staates zu verteidigen. Neuere Untersuchungen zeigen aber, daß eine Gegnerschaft im kirchlich-religiösen Bereich einen Konsens zum NS-System im Feld der übrigen Politik nicht ausschloß.

Neue, über den organisierten Widerstand und die kirchliche Opposition hinausweisende Impulse gab der Begriff „Resistenz“. Vor allem in einem Projekt des Münchener Instituts für Zeitgeschichte verwandt, sollte dieser Terminus die vielfältigen faktisch wirksamen Gegenkräfte gegen das NS-Regime jenseits der bewußt intendierten politischen oder der kirchlichen Opposition einfangen. Dieser Resistenz-Begriff wurde in den einschlägigen Studien zum Rheinland und zu Westfalen nur modifiziert aufgegriffen: Einerseits sollten dessen Errungenschaften - das Bemühen, das ganze Spektrum widersetzlichen Verhaltens einzufangen - bewahrt werden. Andererseits sollten diese Verhaltensformen nicht mit dem Widerstand im strengen Sinne - dem bewußten Versuch, das NS-Regime zu stürzen oder seine unmenschlichen Folgen zu begrenzen - gleichgesetzt werden.

Gerade für das Rheinland und Westfalen wurde nun vielfach die Resistenz der Edelweißpiraten untersucht, unangepaßter Jugend-Cliquen, die sich durch auffällige Kleidung, das Edelweißabzeichen und renitentes Auftreten in Schule, Betrieb und Freizeit gegen HJ und NSDAP absetzten. Wie Bernd Rusinek und Alfons Kenkmann in ihren großen Studien zu diesem Thema gezeigt haben, nahmen die Edelweißpiraten dabei bündische Formen nur in den seltensten Fällen direkt durch einen illegalen Kontakt zu früheren Mitgliedern der Bündischen Jugend oder auch indirekt durch einen ehemals Bündischen auf, der HJ-Führer geworden war. Der wichtigste Rezeptionskanal war vielmehr indirekt-adversativ. „Die Jugendlichen“, so Bernd Rusinek, „hörten von eifrigen HJ-Führern, besorgten Eltern oder sie lasen in der Zeitung von den verderblichen ‘Bündischen’ und ihrer ins maßlose übertriebenen Gefahr für den NS-Staat. So gefährlich wollten viele Jugendliche auch sein. Also nannten sie sich auch ‘Bündisch’ oder bezeichneten sich als ‘Edelweißpiraten’.“

Das Beispiel der Edelweißpiraten verweist zudem auf die Mischungsverhältnisse, die Konsens und Dissens zum NS-Regime eingehen konnten. Die widerspenstigen Jugendlichen schöpften einen Gutteil ihrer Kraft aus einem Selbstverständnis, bei dem sie ihr Ich über schwere körperliche Arbeit definierten, die sie wiederum mit Männlichkeit und Stärke gleichsetzten. Diese Machismo konnte die Aversion gegen NSDAP und HJ bestärken, da diese den selbst gesetzten Maßstäben von Mannesmut nicht entsprachen. Er konnte aber auch die Waffen-SS attraktiv erscheinen lassen, die diesen Standards eher zu entsprechen schien. Das zeigt, wie problematisch es ist, bei der Suche nach Resistenz und Dissens die Frage nach dem Konsens zwischen Regime und Bevölkerung außer Acht zu lassen. Angesichts eines Bildes von einer Bevölkerung voller Widerständigkeit bliebe es in der Tat rätselhaft, warum das NS-Regime nur unter militärischem Außendruck zusammenbrach. Lokal- und regionalhistorische Untersuchungen zu Nonkonformismus und Protest gewinnen mithin an Kontur, wenn sie umfassendere sozialhistorische Fragestellungen berücksichtigen. Das ist nicht immer in erforderlichem Maße geschehen.

Ein erster sozialhistorischer Befund besagt, daß die Opposition aus der Arbeiterbewegung trotz eines insgesamt beeindruckenden Umfanges auf eine kleine Minderheit beschränkt war. Fraglos bleibt es wichtig, diese Bestrebungen hervorzuheben. Sie zeigen, daß eben nicht nur Zustimmung und Anpassung gegenüber der NS-Herrschaft existierten, sondern auch risikoreiche politische Gegnerschaft. Wichtig ist es allerdings auch, auf die letztlich Chancenlosigkeit dieses Widerstandes zu verweisen. Es gelang ihm zu keinem

Zeitpunkt, das Regime ernstlich zu erschüttern. Das veranlaßte Detlev Peukert und Frank Bajohr in ihrem Buch über den „Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ zu der Frage: „Wie schreibt man eine Geschichte fortgesetzten Scheiterns?“ Ihre Antwort: Weder eine Historiographie, die - mit der Gefahr der Heroisierung - die Traditionen des „anderen Deutschland“ betone, noch die nüchterne Auslotung von Handlungsspielräumen, Absichten und Taten der Widerstandskämpfer, die die Gefahr eines analytischen Zynismus in sich berge, reichten hin. Sie sollten um ein Eingehen auf den Erfahrungshorizont der historischen „Verlierer“, der Widerstandskämpfer selbst, ergänzt werden. „Eine Geschichte des Widerstandes aus der Perspektive der ‘Verlierer’ zu schreiben, heißt auch, zu verstehen suchen, warum diese trotz alledem nicht aufgegeben haben.“

Neben dem Arbeiterwiderstand sind vor allem die industriellen Beziehungen sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zwischen 1933 und 1945 genauer untersucht worden. Bezieht man die erfahrungsgeschichtliche Dimension ein, ergibt sich ein komplexes Bild von Lage und Verhalten der Arbeiterschaft unter nationalsozialistischer Herrschaft. Danach richteten sich die Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen der NSDAP und ihrer deutschnationalen Verbündeten nach 1933 nicht nur gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung, sondern zugleich gegen eine Sicht der Gesellschaft als eines von Klassengegensätzen durchzogenen Systems. Gegen die Konzeption vom sozialen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital setzte man die Behauptung einer „Volks-“ und „Betriebsgemeinschaft“. Die vielfältigen Formen von Dissens zum Regime belegen jedoch, daß sich das Bild einer harmonischen Volksgemeinschaft nicht halten läßt. Aber auch die Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Industriearbeitern konnten durch die Neudefinition der Kontrahenten als „Führer des Betriebes“ und „Gefolgschaft“ nicht wirklich beseitigt werden.

Der nationalsozialistische Versuch, die Klassengegensätze zu eskamotieren, entsprach jenen Forderungen, welche die rheinisch-westfälische Schwerindustrie besonders vehement verfochten hatte. Diese hatte seit dem „Ruhreisenstreit“ von 1928 in der Tat offensiv für Lohnabbau, die Aufhebung des Achtstundentages sowie für die Beseitigung der Betriebsräte und der staatlichen Zwangsschlichtung gekämpft. Die schwerindustrielle Hilfe für die NSDAP vor 1933 war sicher nicht - das ist gegen eine versimpelnde Verknüpfung von Kapitalismus und Faschismus festzuhalten - die Ursache für den Aufstieg dieser Partei. Der Beitrag der Schwerindustrie zur Katastrophe von 1933 lag vielmehr darin, die Regierungsfähigkeit Hitlers befördert zu haben, und mehr noch in dem Bemühen, die Weltwirtschaftskrise zur Zerschlagung des Weimarer Sozialsystems und des Parlamentarismus nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

Die Ankurbelung der Rüstungsproduktion, die in der Eisen- und Stahlindustrie schon 1933/34 zu einer regeren Investitionstätigkeit führte, wirkte sich seit 1936 auch belebend auf den Bergbau aus. Hier wurden die Förderkapazitäten jedoch nicht durch eine Verbesserung der Kapitalausstattung, sondern durch einen extensiven Raubbau gesteigert, zumal die Rüstungsplaner den Kohlepreis niedrig hielten und so die Gewinnchancen des Bergbaus begrenzten. Darüber hinaus gilt es gegen die überkommene Vorstellung vom Ruhrgebiet als Rüstungszentrum des Reiches festzuhalten, daß diese Region in vergleichswei-

se geringem Maße von direkten Rüstungsaufträgen abhängig war. Außerdem blieb das Revier tradierten Rüstungsmustern verhaftet, bei denen der Produktionswert der hergestellten einfachen Rüstungsgüter eher gering war. Für die moderne und kapitalintensive Rüstung waren die Investitionsgüterindustrie und insbesondere der Maschinenbau relevanter. „Das Ruhrgebiet war zwar nach wie vor die Waffenschmiede des Deutschen Reiches“, faßte Michael Geyer dieses Ergebnis 1986 zusammen, „doch wurden längst nicht mehr alle Waffen geschmiedet.“ Gleichwohl profitierte die gesamte Industrie im Rheinland und in Westfalen von der Aufrüstung. Und wenn auch einzuräumen ist, daß der unternehmerische Entscheidungsspielraum infolge des staatlichen Vierjahresplanes seit 1936 etwas eingeschränkt wurde, ließ der Staat die betriebliche Sphäre doch unangetastet.

Ihrer Interessenvertretungsformen beraubt, war die Arbeiterschaft seit 1933 weitgehend auf die individuelle Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen verwiesen. Zugleich förderte die Rüstungskonjunktur seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre einen, gemessen an der Weltwirtschaftskrise, höheren Lebensstandard, das Streben nach Konsum und neuen Freizeitangeboten wie etwa den Ausflügen und Reisen, die von der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ veranstaltet wurden, sowie eine stärkere Hinwendung zur Familie und zur Privatsphäre.

Neue berufliche Aufstiegschancen, Arbeitsdienst und Wehrmacht sowie während des Krieges die Zerstörung gewachsener Wohnviertel und die Evakuierungen führten zu sozialen Differenzierungen, die vielfach die Grenzen der traditionellen schichtenspezifisch und soziokulturell gegeneinander abgesetzten Lebenswelten sprengten. In der jüngeren Generation wurden die Klassengegensätze nicht mehr so selbstverständlich als unüberbrückbar erfahren, wie das während der 20er Jahre der Fall gewesen war. Viele Jugendliche ließen sich auch von der modernen Technik und den Massenmedien faszinieren und begrüßten anfangs die NS-Organisationen als Entlastung gegenüber familiärem, schulischem und kirchlichem Druck.

Der Einfluß des NS-Systems auf die Arbeiterbevölkerung kann folglich nicht nur auf Unterdrückung und geschickte Manipulation reduziert werden. Der aufrüstungsbedingte Aufschwung, der oft als Phase „besserer Jahre“ gewertet wurde, der Führer-Mythos, nach dem Hitler über den Querelen des Alltags zu thronen schien, die außenpolitischen „Erfolge“ des Reiches und der Glaube an einen militärischen Sieg während der ersten Kriegsjahre waren in der Lage, dem Regime auch in der Industriearbeiterschaft eine passive Duldung zu sichern. Andererseits gab es in der Arbeiterschaft selbst in der Periode der Rüstungskonjunktur erhebliche Unzufriedenheit über die nach wie vor beeengte Lage, über soziale Ungleichheiten und über das Fehlen einer effektiven Interessenvertretung.

Bombenangriffe, Versorgungsengpässe und wachsender Leistungsdruck riefen während der zweiten Kriegshälfte bei der Mehrheit der Bevölkerung Verdrossenheit und Sehnsucht nach einem baldigen Kriegsende hervor. Zudem besannen sich die abhängig Beschäftigten im Zeichen der drohenden militärischen Niederlage wieder stärker auf ihre soziale Stellung als Arbeiter; die Identifikation mit den imperialistischen Machtphantasien der NS-Führung verloren an Bedeutung. Bombenkrieg und Trümmerlandschaft leg-

ten paradoxerweise aber auch beharrende Kräfte frei. Das zeigt Wolfgang Franz Werner in seinem Buch „Bleib übrig. Deutsche Arbeiter in der NS-Kriegswirtschaft“, das häufig auf das Rheinland und auf Westfalen Bezug nimmt. Neben der Familie bildete danach der Betrieb während des Luftkrieges und in der Zusammenbruchsgesellschaft der letzten Kriegsphase den zweiten Hort, der Ordnung und Verhaltenssicherheit verhielt.

Verfehlt wäre es schließlich, das Kriegsende in einem strikten Sinne als „Stunde Null“ zu kennzeichnen. Kontinuitätslinien in der Wirtschaft, in Bürokratie und Führungsgruppen über das Jahr 1945 hinaus lassen sich ebenso wenig bestreiten wie die Tatsache, daß die Bevölkerung ihre Erfahrungen zwischen 1933 und 1945 nicht einfach abstreifen konnte.

Meist angestoßen durch die Erinnerung an die „Reichskristallnacht“ vom 9./10. November 1938, die sich 1988 zum fünfzigsten Male jährte, wurde auch die nationalsozialistische Verfolgung der Juden zu einem Schwerpunkt der neueren regionalen und lokalen Geschichtsschreibung. Die Publikationen zu diesem Thema zeichnen meist detailliert die Ausgrenzung, Enteignung, Vertreibung und Deportation der Juden nach; oft tragen sie den Charakter eines Gedenkbuches. Monika Richarz hat allerdings darauf hingewiesen, daß manche lokalhistorische Untersuchung die lange und komplexe Geschichte der jüdischen Gemeinden auf die NS-Zeit reduzierte, die Juden selbst nur als passive Opfer, nicht aber als handelnde Menschen darstellte sowie überhaupt wenig über die spezifische Lage und Lebensweise der deutschen Juden vor und nach 1933 vermittelte.

Die nationalsozialistischen Bestrebungen, sogenannte „Gemeinschaftsfremde“ mit terroristischen Mitteln aus den „Volksgemeinschaft“ auszugrenzen, wurden im Rheinland und in Westfalen ebenso wie anderenorts weitgehend geduldet, wenn nicht gar begrüßt. Als „Gemeinschaftsfremde“ galten im NS-System jene, die den gängigen Leistungs- und Verhaltensnormen nicht entsprachen oder nicht zu entsprechen schienen - also etwa Homosexuelle, Behinderte, „Gewohnheitsverbrecher“ und „Asoziale“ sowie die als „Zigeuner“ Stigmatisierten. Es ist den nicht zuletzt Impulsen der „Geschichte von unten“ zu verdanken, daß seit den späten 80er Jahren die Schicksale auch dieser Verfolgten nicht mehr durchweg ausgeblendet wird. Das gilt aber nicht für alle Betroffenen in gleichem Maße. Die Verfolgungsgeschichte der Homosexuellen, der Zwangssterilisierten, der Opfer der „Euthanasie“ sowie vor allem der „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ sind für das Rheinland und für Westfalen bisher nicht zureichend erforscht. Gleichwohl wird dem Schicksal der marginalisierten Minderheiten in den Lokalstudien und Ausstellungen zu Opposition und Repression zwischen 1933 und 1945 inzwischen mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Einige von ihnen haben deshalb den Titel von „Widerstand und Verfolgung“ zu „Verfolgung und Widerstand“ gewechselt. Bei allem Mißverständnissen, zu denen auch letztere Formulierung Anlaß geben mag, doch auch ein Zeichen von Problembewußtsein.

Umfassender als das Schicksal der marginalisierten Minderheiten ist die Situation der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter untersucht. Auch hier war Aurel Billstein einer der Pioniere, die sich diesem lange Zeit völlig unbeachteten Thema zuwandten. Sein Buch „Fremdarbeiter in unserer Stadt 1939-1945. Kriegsgefangene und deportierte 'fremdvölkische Arbeitskräfte' am Beispiel Krefelds“ erschien bereits 1980. Dort legt Aurel Bill-

stein sowohl zur allgemeinen Lage der Zwangsarbeiter als auch zu ihrer Situation in Krefeld bewegende Dokumente vor.

Insgesamt waren es hunderttausende ausländische Männer und Frauen, die als Kriegsgefangene, Konzentrationslagerhäftlinge, Strafgefangene oder zivile „Fremdarbeiter“ zwischen 1940 und 1945 in unserer Region arbeiten mußten. Dieser „Arbeitseinsatz“, das haben dann vor allem Ulrich Herberts Forschungen gezeigt, war ein vielschichtiges Phänomen. Zunächst handelte es sich um ein System imperialistischer und nach rassistischen Kriterien gestaffelter Ausbeutung, dessen Träger neben der Spitze des NS-Systems vor allem zahlreiche Unternehmensführungen waren. Wie es den ausländischen Arbeitern erging, hing aber auch vom Lagerpersonal, von den Wachmannschaften und von den deutschen Arbeitern ab. Hier sind die unterschiedlichsten Verhaltensweisen überliefert. Die Skala reichte von heimlicher Solidarität bis zu offener Brutalität. Vorherrschend scheint eine von Gleichgültigkeit bestimmte Verhaltensvariante gewesen zu sein. Man registrierte, daß die Kriegsgefangenen in Lagern lebten, miserabel ernährt wurden und die Bunker nicht betreten durften. Man war während des Bombenkrieges aber mit eigenen Problemen befaßt: das Elend der Fremden erschien bald ebenso selbstverständlich wie unabänderlich.

Gleichberechtigte Arbeitsbeziehungen zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskräften waren in der Regel ausgeschlossen. Deutsche, die in direktem Arbeitskontakt zu Ausländern standen, taten dies meist in der Rolle des Vorgesetzten. Das war eine Folge der rassistischen „Arbeitseinsatzpolitik“ in der NS-Kriegswirtschaft. „Rassen“ und Nationalitäten wurden strikt getrennt; ganz oben rangierten die Deutschen, ganz unten die Polen sowie sowjetische Kriegsgefangene und Fremdarbeiter. Sie hatten solche Arbeiten zu verrichten, die besonders kräftezehrend, gesundheitsschädlich und schmutzig waren. Diese Staffeln der Arbeitskräfte leistete einen gewichtigen Beitrag zur Auflockerung des strikt „oben“ und „unten“ unterscheidenden Gesellschaftsbildes in der Industriearbeiterschaft. Arbeiter, die während des Krieges den Vorgesetzten-Status gegenüber Ausländern kennenlernten, lernten nun Befehle zu erteilen und nicht immer nur zu empfangen. Während des „totalen Krieges“ trugen dieser neue soziale Status und die damit verbundenen Erleichterungen nicht unerheblich zur weiteren Hinnahme des NS-Regimes bei.

Sieht man - und damit komme ich zum letzten Punkt - von einigen Studien zur nationalsozialistischen Machtübernahme in den Kommunen ab, bei denen dem Anteil der deutschnationalen Verbündeten der NSDAP nicht immer genug Aufmerksamkeit gewidmet wurde, ist die Rolle der NSDAP und ihrer Formationen nach 1933 lokalhistorisch nicht zureichend untersucht. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet eine instruktive Darstellung über die NSDAP im Land Lippe, die - und das dürfte exemplarisch sein - während des Zweiten Weltkrieges ihren Machtspielraum deutlich erweitern konnte. Sie sorgte für die Verbindung zwischen den Heimatgemeinden und den Frontsoldaten. Sie nahm Einfluß auf die Verwaltung, den Produktionssektor und die Verteilung der lebensnotwendigen Güter. Dabei wies die Partei konkrete Verantwortung zwar von sich, vermochte durch permanente Interventionen jedoch den Eindruck der Allzuständigkeit zu erwecken. So blieb der Kreisleiter bis 1945 Adressat für politische und unpolitische Anliegen aller Art.

Wichtige neue Texte finden sich auch, um nur einige Beispiele zu nennen, zu den Gesundheitsämtern in Westfalen von 1900 bis 1950 zwischen Rassenhygiene und offener Fürsorge, zu einigen Facetten der Kulturpolitik und des Städtebaus, zu den nationalsozialistischen Bemühungen, das öffentliche Leben zu inszenieren, sowie zu Schule und Schulpolitik. Fallstudien über Oberschulen in Marl und Recklinghausen haben ergeben, daß dort nach 1933 nur wenige Pädagogen als unangepaßt entlassen wurden. Ihre Kritik speiste sich primär aus christlicher Überzeugung, bezog sich auf den Totalitätsanspruch der NS-Ideologie und orientierte sich letztlich an vordemokratischen Leitbildern.

Was die repressiven Staatsapparate betrifft, waren grundlegende Monographien lange Zeit rar. Aurel Billsteins Dokumentation „Verfolgung - Widerstand 1933-45. Die Tätigkeit der Gestapoaußendienststelle Krefeld“ aus dem Jahre 1979 war insofern wieder ein vorzeitiger Text, der mit seiner knappen Zusammenstellung lokaler Verfolgungs- und Überwachungsmaßnahmen der Gestapo auf dieses Forschungsdesiderat hinwies. Eine wissenschaftliche Studie über das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf ist dann erst im Jahre 2001 entstanden, wohingegen eine Gesamtdarstellung der Düsseldorfer Gestapo-leitstelle bis heute aussteht.

Wir machten es uns allerdings zu leicht, würden wir bei den Institutionen der nationalsozialistischen Verfolgung unser Augenmerk nur auf die Gestapo, auf KZs und KZ-Außenlager, auf die Sicherheitspolizei und die Sondergerichte richten. So zeigt die seit kurzem in der Münsteraner Villa ten Hompel vorbildlich ausgestellte Geschichte des Befehlshabers der Ordnungspolizei für den Wehrkreis VI - geographisch in etwa identisch mit dem heutigen Nordrhein-Westfalen -, daß diese Behörde nicht nur für die Organisation des überörtlichen Luftschutzes oder für Einsatz und Ausbildung von Stadt- und Landwachten zuständig war, sondern darüber hinaus Fahndungen gegen Zwangsarbeiter einleitete, Wachbataillone für Arbeitserziehungslager und Transportbegleitungen für Deportationszüge aufstellte sowie zehntausende Polizisten in die besetzten Gebiete Europas schickte, wo sie sich nicht zuletzt an der Partisanenbekämpfung und Judenverfolgung beteiligten.

Sehr dicht war im Rheinland und in Westfalen auch das Netz der von Gabriele Lotfi untersuchten Arbeitserziehungslager, die infolge teils gemeinsamer, teils paralleler Initiativen von regionaler Gestapo, Betrieben und kommunalen Einrichtungen als neues, flexibles Zwangsmittel zwischen die Polizeihaft und die unbefristete KZ-Haft traten. Auch hier läßt die Beteiligung von Ordnungspolizei, Arbeitsämtern, NSDAP-Gliederungen, unternehmerischem Werkschutz, ja sogar der Wach- und Schließgesellschaften an den „Arbeitserziehungslagern“ die einfache Gleichsetzung von SS, Gestapo und Terror als fragwürdig erscheinen.

Für das Rheinland und Westfalen ist des weiteren nachgewiesen, daß Bombengeschädigte, NSDAP-Parteigenossen und Familien mit Beziehungen die Möbel der deportierten Juden erhielten und deren Wohnungen belegten. Unter dem Namen „Aktion 3“ war nämlich die Versteigerung des Hausrats der Deportierten seit dem Herbst 1941 gang und gäbe. Nur eine Minderheit der Bevölkerung machte sich die Implikationen dieses Transfers klar. Darüber hinaus gelangten große Mengen beschlagnahmten jüdischen Besitzes

aus Westeuropa ins Deutsche Reich. Innerhalb dieser „Aktion M“ (Möbel-Aktion) ließ die Dienststelle Westen des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete etwa 72.000 Wohnungen räumen. 735 Transporte mit fast 30.000 Eisenbahnwaggons gingen in die durch Bomben zerstörten deutschen Städte, in zentrale „Reichslager“ oder zu SS-Divisionen, Polizei, Reichsbahn und Reichspost. So reichte wohl nicht nur der Konsens zum „Führerstaat“, sondern auch die Nutznießung an der Ausplünderung Europas und die Beteiligung am nationalsozialistischen Unterdrückungssystem weiter in die deutsche Gesellschaft hinein als bisher angenommen.

Resümiert man vor diesem Hintergrund die Historiographie über das Rheinland und Westfalen in den Jahren 1933 bis 1945, lassen sich vier Schwerpunkte erkennen. Erstens: Die frühen Forschungen kreisen vornehmlich um die Arbeiter- und um die kirchliche Opposition gegen den Nationalsozialismus. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Untersuchungen haben sich zweitens vergleichsweise intensiv den industriellen Beziehungen, der sozialen Lage der Industriearbeiterschaft sowie den Formen von Konsens und Dissens der Bevölkerung zum NS-Regime zugewandt. Als dritter Forschungsschwerpunkt kann die nationalsozialistische Verfolgung der Juden und in geringerem Maße der übrigen rassistisch und als „gemeinschaftsfremd“ Stigmatisierten sowie der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter gelten. In jüngster Zeit richtete sich der Blick viertens verstärkt auf das Verhalten der Individuen und mehr noch der staatlichen wie nichtstaatlichen Institutionen unter dem Nationalsozialismus. Explizit oder implizit lautet die Grundfrage dieser Studien: Wie sind die Deutschen mit ihren auch unter der NS-Diktatur nicht zu leugnenden, im einzelnen, so muß man hinzufügen, allerdings sehr unterschiedlichen Handlungsspielräumen umgegangen?

Setzt man sich nun eine integrierte Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte des Rheinlands und Westfalens und seiner Gemeinden zwischen 1933 und 1945 zum Ziel, so steht ein solches Vorhaben vor der Aufgabe, die zwölfjährige NS-Zeit umfassend und zugleich diachronisch einordnend zu untersuchen. Angesichts eines solchen Gesamtprojekts, an dem ja viele Forscherinnen und Forscher gleichsam als „ideeller Gesamthistoriker“ mitarbeiten, haben wir vielleicht nicht mehr die meisten, aber doch noch manche Schritte zu tun. Die Schriften des Krefelder Widerstandskämpfers Aurel Billstein mögen uns dabei insofern Anregung sein, als er bei unübersehbarer Betonung der eigenen kommunistischen Überzeugung als Autor doch auch unorthodox blieb, neue Forschungsfelder zu öffnen half, um eine umfassende Dokumentation des nationalsozialistischen Unrechts bemüht war und eben nicht nur der kommunistischen Opposition, sondern allen Strömungen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus seinen tiefen Respekt zollte.

Michael Zimmermann: Studium der Geschichte, Sozialwissenschaften und Latinistik in Bochum; Dr.phil.habil.; Historiker am Ruhrlandmuseum Essen; Forschungsbereiche: Geschichte der Zigeunerpolitik in Deutschland, Geschichte der Juden in Deutschland, Geschichte des Nationalsozialismus, Geschichte des Ruhrgebiets, Oral History. Veröffentlichungen u.a.: Schachtanlage und Zechenkolonie. Leben, Arbeit und Politik in einer Arbeitersiedlung 1880 bis 1980, Essen 1987; Zur Geschichte der Essener Juden im 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhundert. Ein Überblick, in: Alte Synagoge Essen (Hg.): Jüdisches Leben in Essen 1890 bis 1933, Essen 1993; Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 199; Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen (Hg.), Köln 1998.